

nr. 28

Der Kampf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 26 Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Laustitzer Platz 13 Preis 15 Pfennig

sondern sie müssen als Organisation gegen die Führung des Kampfes seitens der Gewerkschaften ankämpfen und sich für die Übernahme der Führung des Kampfes durch die Belegschaft selbst, durch ihre Aktionsausschüsse einsetzen, auch dann sogar, wenn die Kämpfenden nicht die Notwendigkeit der Verwendung ihres wirtschaftlichen Kampfes in einen politischen begreifen, denn im Prozeß des Kampfes werden sie die, leichter begreifen, wenn die Führung sich in ihren Händen befindet, als wenn letztere in den Händen der Gewerkschaften wäre. Wenn die Arbeiter die Notwendigkeit der Ausbreitung des Kampfes und ihre Verwandlung in einen politischen begreifen, müssen sich die Unionisten in die Aktionsausschüsse wählen lassen. Folgt aber die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft oder von Teilen, die dem Kampf einen politischen Charakter annehmen lassen, nicht, und die Niederlage ist da, so müssen die Aktionsausschüsse, die für diesen Zweck gewählt wurden, von den Unionisten vertreten sein, die Führung des Kampfes auch in diesem Stadium des Abschlusses in ihren Händen behalten. Auch dann sogar, wenn das mit Verhandlungen verbunden ist. Die Verantwortung für einen solchen Ausgang des Kampfes trägt die übrige Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaftsorganisationen.

Manchen Genossen scheint das nicht genug revolutionär. Sie müssen aber konsequent sein und einen anderen konkreten Weg des Abschlusses zeigen. In einem Berliner Bezirk erklärte ein Genosse, daß nach einer Niederlage die Arbeiter nicht darüber zu verhandeln haben, unter welchen Bedingungen sie die Arbeit wieder aufnehmen; sie müssen ihre Rückseite nehmen und nie mehr in diese Betriebe zurückkehren. Das wäre zwar ein Weg, aber ein schlechter Weg; denn die Arbeiter und Unionisten in diesem Falle müssen nachher in anderen Betrieben Arbeit suchen und mit dem Unternehmer Verhandlungen führen, d. h. dasselbe tun, wofür sie die alten Betriebe verlassen haben, oder sie müssen in die Berge gehen. Dieser Weg ist aber kein Weg der Arbeiterklasse, ihn können einzelne gehen; im übrigen ist das Plättnerlei. Dieser Weg hat nichts mit Klassenkampf des Proletariats zu tun. Es wäre logischer, die Verweigerung des Verkaufs der Arbeitskraft als einen neuen Weg für die Betreibung der Arbeiterklasse zu predigen.

Man kann noch einen Weg für den Abschluß des Kampfes angeben, den die Arbeiter gemeinsam mit den Unionisten unter Ausschaltung der Gewerkschaften gehen können. In einem politischen Kampf verhandeln wollen, nämlich: daß jeder zurückkehrt wie er kann. Das bedeutet aber Zerstückung der Solidarität unter den Arbeitern, was die elementarste Bedingung eines jeden Kampfes ist. Das bedeutet auch Zerstückung der Betriebsorganisationen.

Wenn man diese zwei Wege ablehnt, so muß man zwischen der Notwendigkeit von einer organisierten Regierung unter welcher die Proletariat die Arbeit wieder aufnehmen. Ist man aber dazwischen, so muß man dafür sein, daß die Arbeiter sich an die Gewerkschaften wenden. In diesem Falle müssen aber die Arbeiter, die die Gewerkschaften abgelehnt haben, die Führung ihres Kampfes selbst in die Hände nehmen und nachher zur Schuld der Gewerkschaften in die Stätten der Ausbreitung zurückkehren müssen. Ihre Notwendigkeit und Unüberheblichkeit zeigen. Das Ergebnis dieses scheinbaren Radikalismus wird also die Erhaltung der Totengräber der proletarischen Union — der Gewerkschaften sein. Man kann noch der Auffassung sein, daß die von der Belegschaft gewählten Organe den Kampf abschließen werden, die Unionisten müssen aber zurücktreten. Was das bedeutet, zeigt besonders klar der Fall, wo die Unionisten die Mehrheit in einem Betriebe haben. (Das war früher der Fall, als die Union über Hunderttausend Mitglieder verfügte und wird auch in Zukunft der Fall sein, wenn die Union die Klassenorganisation des Proletariats werden soll.) Die Unionisten müssen die Mehrheit der Aktionisten in Vertretung überlassen und sich auf diese Weise selbst ein Zeugnis der Feigheit ausstellen.

Der Fall, wo die Unionisten die Mehrheit sind, gestattet uns am klarsten die Taktik der Union, der Verhältnisse gegenüber zu präzisieren. Der Weg, dem die Unionisten die Mehrheit im Betriebe folgen, kann nicht nur der Weg für die „Ausgewählten“ sein, das ist der Weg, den sie auch als Minderheit der Arbeiterklasse zeigen müssen und für welchen die Gewerkschaften Verantwortung tragen müssen. Nur auf diesem Wege wird die Union eine Klassenorganisation des Proletariats. Nur so werden die organisatorischen Bedingungen für die ungenügende Entfaltung des Kampfes gegen das Kapital geschaffen. Die organisatorische und ideologische Vorbereitung für die Verwandlung der Kämpfe gegen die Wirkungen des Kapitalismus in Kämpfe gegen ihn selbst.

Vom 1913 im Deutschen Reich damaligen Umfang und der beispiellosen Verschleuderung von Material und Produktionsmitteln für den organisierten Menschenmord entspricht.

Die deutsche Wirtschaft ist seit fast einem Jahrzehnt in der Krise. Infolge ihrer geologischen und geographischen günstigen Lage die bestorganisierte und -konzentrierte der Welt (selbstverständlich an dem Ausmaß des Exportes amerikanische Weltmacht), wurde 500 Arbeiter getötet, was mit der Konkurrenz der französischen Kohle begründet wird. Die „Times“, die einen bemerkenswerten Leitartikel unter der Überschrift „Kohle und Chaos“ bringt, vertritt nicht so sehr die Interessen der französischen Kohle als die Unfähigkeit in England selbst. Immer und immer wieder sei das Land auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht worden, seine Kohlenindustrie zu reorganisieren. Es sei wirklich nicht notwendig, England nochmals in eine Kohlenkrise zu stürzen, um diese elementare Lehre zu bekräftigen. Sir Herbert Samuel, der im Kohlenstreik eine hervorragende Vermittlerrolle spielte, teilte im Schrifttum in ähnlichem Sinne die Lässigkeit der verantwortlichen Stellen unter dem Bergarbeitern ernste und zunehmende Unzufriedenheit hervorzuheben.

Unter „Reorganisation“ der Kohlenindustrie ist natürlich keineswegs zu verstehen, als Rationierung der Produktion und weitere tausende von englischen Bergarbeitern auf Pfahle werfen würde.

Wirtschaft Stillstand auf dem Arbeitsmarkt

Nach dem Bericht des Berliner Arbeitsamtes waren am 18. Juni 1937 307 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen (gegen 99.696 der Vorwoche. Darunter befanden sich 130.365 (131.181) männliche und 67.942 (67.425) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 63.286 (63.840) männliche und 29.748 (29.949) weibliche insgesamt 93.034 (93.789) Personen. Außerdem wurden noch 30.146 (30.738) Personen durch die Erwerbslosenliste der Stadtgemeinde Berlin und 33.572 (33.207) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Nichtsandsarbeiten wurden 5925 (5108) Personen beschäftigt.

Die männlichen Arbeitslosen nahmen also um 816 ab, während die weiblichen um 517 zunahm. Das weibliche Plus resultiert aus dem Bekleidungsbranche, das jetzt, nach den Festtagen, rückläufige Konjunktur hat und in Berlin in der Berichtswoche insgesamt 1000 entließ. Unter den Arbeitslosen, die in Arbeit kamen, waren allein 500 Jugendliche. Da die Erwerbslosenunterstützung 692 weniger unterstützte als in der Vorwoche und bei Notstandsarbeiten 80 weniger beschäftigt wurden, ist das ein Beweis, daß fast 400 Arbeitslosen die Unterstützung entzogen wurde. Ob also überhaupt Arbeiter in Arbeit kamen, ist recht zweifelhaft. Jedenfalls sind mehr entlassen als eingestellt. Nach Konjunktur scheint das gerade nicht auszusehen.

Die deutsche Eisenwirtschaft Die Eisen- und Stahlindustrie als Gradmesser der Konjunktur.

Eisen (vorwiegend auch Stahl zu verstehen) ist die Grundstoff aller Wirtschaften (Eisen, Stahl, Kohle) ist deshalb die Schlüsselindustrie jeder Volkswirtschaft. Aus ihrer Prosperität läßt sich das Ergehen der Wirtschaft überhaupt, auf Konjunktur und Krise schließen. Der Rückgang der Eisenwirtschaft, im Zeitalter der Nationalisierung, die Prosperität der Eisenwirtschaft nur als Gradmesser für den Augenblick gelten kann.

Die deutsche Eisenindustrie ist seit fast einem Jahrzehnt in der Krise. Infolge ihrer geologischen und geographischen günstigen Lage die bestorganisierte und -konzentrierte der Welt (selbstverständlich an dem Ausmaß des Exportes amerikanische Weltmacht), wurde 500 Arbeiter getötet, was mit der Konkurrenz der französischen Kohle begründet wird. Die „Times“, die einen bemerkenswerten Leitartikel unter der Überschrift „Kohle und Chaos“ bringt, vertritt nicht so sehr die Interessen der französischen Kohle als die Unfähigkeit in England selbst. Immer und immer wieder sei das Land auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht worden, seine Kohlenindustrie zu reorganisieren. Es sei wirklich nicht notwendig, England nochmals in eine Kohlenkrise zu stürzen, um diese elementare Lehre zu bekräftigen. Sir Herbert Samuel, der im Kohlenstreik eine hervorragende Vermittlerrolle spielte, teilte im Schrifttum in ähnlichem Sinne die Lässigkeit der verantwortlichen Stellen unter dem Bergarbeitern ernste und zunehmende Unzufriedenheit hervorzuheben.

Unter „Reorganisation“ der Kohlenindustrie ist natürlich keineswegs zu verstehen, als Rationierung der Produktion und weitere tausende von englischen Bergarbeitern auf Pfahle werfen würde.

	April	März
Roheisen	1.129.802	1.051.572
Rohestahl	1.378.289	1.288.400

Die arbeitstätige Gewinnung von Roheisen hatte im Durchschnitt des Jahres 1925, das in seiner zweiten Hälfte von der Krise befallen wurde, 48 Prozent betragen. Sie war im April 1926 auf 22.774 Tonnen zurückgegangen. Im April 1927 betrug sie 35.062 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für Rohestahl waren 38.994, 30.962, 48 Prozent. Das Produktionsstadium vom vorigen Jahr ist jetzt ein Höchststadium seit dem Krisenbeginn 1918 erreicht, der für Roheisen etwa 76, für Rohestahl 93, für Walzeisen 80 Prozent betragen. Die Produktion im Deutschen Reich damaligen Umfang und der beispiellosen Verschleuderung von Material und Produktionsmitteln für den organisierten Menschenmord entspricht.

Die deutsche Wirtschaft ist seit fast einem Jahrzehnt in der Krise. Infolge ihrer geologischen und geographischen günstigen Lage die bestorganisierte und -konzentrierte der Welt (selbstverständlich an dem Ausmaß des Exportes amerikanische Weltmacht), wurde 500 Arbeiter getötet, was mit der Konkurrenz der französischen Kohle begründet wird. Die „Times“, die einen bemerkenswerten Leitartikel unter der Überschrift „Kohle und Chaos“ bringt, vertritt nicht so sehr die Interessen der französischen Kohle als die Unfähigkeit in England selbst. Immer und immer wieder sei das Land auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht worden, seine Kohlenindustrie zu reorganisieren. Es sei wirklich nicht notwendig, England nochmals in eine Kohlenkrise zu stürzen, um diese elementare Lehre zu bekräftigen. Sir Herbert Samuel, der im Kohlenstreik eine hervorragende Vermittlerrolle spielte, teilte im Schrifttum in ähnlichem Sinne die Lässigkeit der verantwortlichen Stellen unter dem Bergarbeitern ernste und zunehmende Unzufriedenheit hervorzuheben.

Unter „Reorganisation“ der Kohlenindustrie ist natürlich keineswegs zu verstehen, als Rationierung der Produktion und weitere tausende von englischen Bergarbeitern auf Pfahle werfen würde.

Mittellungen Rheinland-Westfalen und Südwest

Achtung! Rheinland-Westfalen und Südwest! Am Sonntag, den 10. Juli, findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der Allg. Arb.-Union Rhld.-Westfalen statt. Provisorische Tagesordnung: 1. Organisatorische (a. Tätigkeitsbericht des BAA, und Kassenbericht, b. Bericht der Ortsgruppen); 2. Wirtschaftspolitische Lage und unsere Aufgabe in der Wirtschaft; 3. Verschiedenes. Wir ersuchen die Ortsgruppen, sich mit der Bez.-Konferenz zu befassen und Anträge bis Montag, den 20. Juni, an das BAA einzureichen. Lokale und Zeitungsberichte sind am Montag, den 20. Juni, dem Ortsgruppen bekannt gegeben!

Groß-Berlin Wochenbeiträge

In der 25. Woche (19. bis 25. Juni 1927) betragen die Beiträge 80 Pf., 1.— Mk. und 1,20 Mk. Arbeitslose 10 Pf.

sinkendem Lebensstandard. Das Kapital machte riesenprofite, die es nach Beendigung der Streikbrüchigkeit, nach dem Abflauen des Exports aus der Produktion zog und in die Baugewerbe steckte und dadurch den Eisenverbrauch mächtig förderte, um so mehr, als der Eisenbetonbau große Fortschritte machte. Die Baukonjunktur regte eine Anzahl Hilfsindustrien an und darüber hinaus die Produktionsmittel- und die Konsumindustrien, Verkehr und Handel.

Eine nicht unbedeutende Triebkraft des Eisenexports (von dem Export überhaup) war der Boykott englischer Waren in China und Rußland und die dadurch gegebene Bevorzugung von Produkten aus Deutschland, das dort aus kriegerischen Unvermögen und Imperialistischer Impotenz den „Pazifisten“ spielte, den Fremden in der Not, Ferner die Eindämmung der Schleuderkonkurrenz infolge der Deflation in Frankreich und Belgien, die Anlage von Werken zur Kohlenverflüssigung, von Ferngasleitungen u. a.

Als Wechselwirkung der Streikbrüchigkeit wie der Rationalisierung (festgezierter Export) hat das Reich große Mittel für die Elektrifizierung der Eisenbahnen bereitgestellt. Die durch Streikbrüchigkeit und Rationalisierung angelegte Kaufkraft, die Schutzgesetzgebung für Agrarprodukten und schließlich große Reichsmittel aus Steuern haben der Landwirtschaft gestattet, ebenfalls zu rationalisieren und zur Erhöhung des Eisenkonsums beizutragen.

Trotz aller dieser produktionsfördernden Faktoren ist die Haupttriebkraft für den Aufstieg der deutschen Eisenwirtschaft die Rationalisierung in Deutschland, die Technisierung, die Ersetzung des Menschens durch die Maschine. Die „Konjunktur“ hat ihre Nabrehalle fast ausschließlich im Inlandmarkt. Die Möglichkeit zur Realisierung des Mehrwertes, des für den Kapitalismus lebensnotwendigen Blutzustroms fehlt. Auch die Eisen- und Stahlindustrie konnte nur hervorgehoben werden bei gleichzeitiger Einsetzung der Amerikkredite. Es ist ein „Konjunktur aus zerborenen Mitteln“, wie der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Reichsausschussleiter Dr. Reichert, auf der Tagung dieses Vereins am 15. Juni 1927 in Berlin sich ausdrückte.

Alle aufgeführten produktionsfördernden Faktoren sind vorübergehender Natur. Die Baukonjunktur ist schon am Abflauen. Der Wohnungsbau geht schon zurück, da die Kapitalien fehlen und die Proletariat die schon jetzt leer stehenden Wohnungen nicht mehr bezahlen können. Es werden nur in der Hauptsache noch die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen. Ein besonders umfangreiches Kapitel wird hier der Gewerkschaftsarbeit gewidmet. Selten ist so unüberbittelt das Flakso der Komintern eingestanden worden. Selten ist auch so schwach versucht worden, hinter großen Tönen von der Parteiloyalität auf Betriebszellen zu verfallen. Der ganze Gewerkschaftsstand der Komintern nur auf dem Papier steht. Die KPD hatte im Oktober 1926 133.809 Mitglieder. Der Berichterstatter sagt, daß man die wirkliche Zahl 20 bis 25 Prozent höher annehmen muß und meint damit wohl jenen Teil der Mitglieder, die schon so weit durchbohrschweidert sind, daß man sie nicht mehr erfassen kann. Diese Organisation also hat in 70 von 1067 Ortsgruppen des ADGB, die Mehrheit. Sie hat keine Gewerkschaft als Ganzes in Händen. Von 600 Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes sind 35 Prozent erobert, trotzdem die KPD-Liste zum Verbandstag 33 Prozent der Stimmen erhielt. Platinzki weiß auch die Erklärung dafür. Die aufgelierten Arbeiter wissen, daß die Kommunisten die Interessen des Proletariats besser vertreten als die Sozialdemokraten, deshalb stimmen sie für die Anträge der Kommunisten, wählen Kommunisten zu den Gewerkschaftskongressen und -Konferenzen, wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann schrecken sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen. Das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren und unsere Genossen nicht zureichend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen auf diesem Boden Tarifwesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen.“ (KI Nr. 17, Seite 830.)

Das Gewerkschaftsflakso der Komintern

In den letzten Hefen der „Kommunistischen Internationale“ (Jahrgang 1927, Heft 17, 18, 20 und 21) berichtet der Sekretär des EKKI, Platinzki, über: „Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen.“ Ein besonders umfangreiches Kapitel wird hier der Gewerkschaftsarbeit gewidmet. Selten ist so unüberbittelt das Flakso der Komintern eingestanden worden. Selten ist auch so schwach versucht worden, hinter großen Tönen von der Parteiloyalität auf Betriebszellen zu verfallen. Der ganze Gewerkschaftsstand der Komintern nur auf dem Papier steht. Die KPD hatte im Oktober 1926 133.809 Mitglieder. Der Berichterstatter sagt, daß man die wirkliche Zahl 20 bis 25 Prozent höher annehmen muß und meint damit wohl jenen Teil der Mitglieder, die schon so weit durchbohrschweidert sind, daß man sie nicht mehr erfassen kann. Diese Organisation also hat in 70 von 1067 Ortsgruppen des ADGB, die Mehrheit. Sie hat keine Gewerkschaft als Ganzes in Händen. Von 600 Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes sind 35 Prozent erobert, trotzdem die KPD-Liste zum Verbandstag 33 Prozent der Stimmen erhielt. Platinzki weiß auch die Erklärung dafür. Die aufgelierten Arbeiter wissen, daß die Kommunisten die Interessen des Proletariats besser vertreten als die Sozialdemokraten, deshalb stimmen sie für die Anträge der Kommunisten, wählen Kommunisten zu den Gewerkschaftskongressen und -Konferenzen, wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann schrecken sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen. Das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren und unsere Genossen nicht zureichend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen auf diesem Boden Tarifwesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen.“ (KI Nr. 17, Seite 830.)

Platinzki weiß, wo der Hund begraben liegt. Er sagt, daß es nicht genügt, wenn die kommunistischen Funktionäre noch besser auf den Gewerkschaftsschacher gedrillt werden, weil sie, wenn 30 bis 35 Prozent der KPD-Mitglieder außerhalb der Gewerkschaften stehen und selbst die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten dem Organisationsleben fernbleiben, doch vor dem sozialdemokratischen Konkurrenzern im Januar dieses Jahres in Halle einstimmig eine sozialdemokratische Resolution gefaßt, die offen gegen die kommunistische Partei gerichtet war und neben dem Dank an den von den Reformisten geleiteten Verband noch die Forderung erhob, daß politische Parteien sich nicht in die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse einmischen dürfen. (KI, 20, Seite 975.) — Interessant ist die Tabelle von 28 Betrieben, über die Prozentzahlen der Gewerkschaftsmittelglieder in der KPD: Westsachsen mit 92 Prozent, Berlin mit 90 Prozent marschieren an der Spitze, Wasserkante mit 72 Prozent, das Ruhrgebiet nur 70 Prozent, Niederrhein 57 Prozent, Mittelrhein 45 Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent. Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

„Wir entnehmen diese Ausführungen einem Artikel des 35. Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent.“ Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

Bergarbeiterleistungen in England.

London, 21. Juni, 2000 Bergarbeiter im Glamorgan-Distrikt in Wales wurden mit vierzehntägiger Kündigungstrafe bestraft. Die betroffenen Kohlenräuber gehören Baldwin Limited, auf der Bedwas-Mine, die zu den Gruben des Lordington schürt, wurde 500 Arbeiter gekündigt, was mit der Konkurrenz der französischen Kohle begründet wird. Die „Times“, die einen bemerkenswerten Leitartikel unter der Überschrift „Kohle und Chaos“ bringt, vertritt nicht so sehr die Interessen der französischen Kohle als die Unfähigkeit in England selbst. Immer und immer wieder sei das Land auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht worden, seine Kohlenindustrie zu reorganisieren. Es sei wirklich nicht notwendig, England nochmals in eine Kohlenkrise zu stürzen, um diese elementare Lehre zu bekräftigen. Sir Herbert Samuel, der im Kohlenstreik eine hervorragende Vermittlerrolle spielte, teilte im Schrifttum in ähnlichem Sinne die Lässigkeit der verantwortlichen Stellen unter dem Bergarbeitern ernste und zunehmende Unzufriedenheit hervorzuheben.

Unter „Reorganisation“ der Kohlenindustrie ist natürlich keineswegs zu verstehen, als Rationierung der Produktion und weitere tausende von englischen Bergarbeitern auf Pfahle werfen würde.

Wirtschaftsdemokratische Justiz

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg, und deren Geschäftsführer bei Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung verbietet, Unterstützungen an die von der Jutefabrik ausgesperrten Arbeiter zu zahlen.

Das Gewerkschaftsflakso der Komintern

In den letzten Hefen der „Kommunistischen Internationale“ (Jahrgang 1927, Heft 17, 18, 20 und 21) berichtet der Sekretär des EKKI, Platinzki, über: „Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen.“ Ein besonders umfangreiches Kapitel wird hier der Gewerkschaftsarbeit gewidmet. Selten ist so unüberbittelt das Flakso der Komintern eingestanden worden. Selten ist auch so schwach versucht worden, hinter großen Tönen von der Parteiloyalität auf Betriebszellen zu verfallen. Der ganze Gewerkschaftsstand der Komintern nur auf dem Papier steht. Die KPD hatte im Oktober 1926 133.809 Mitglieder. Der Berichterstatter sagt, daß man die wirkliche Zahl 20 bis 25 Prozent höher annehmen muß und meint damit wohl jenen Teil der Mitglieder, die schon so weit durchbohrschweidert sind, daß man sie nicht mehr erfassen kann. Diese Organisation also hat in 70 von 1067 Ortsgruppen des ADGB, die Mehrheit. Sie hat keine Gewerkschaft als Ganzes in Händen. Von 600 Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes sind 35 Prozent erobert, trotzdem die KPD-Liste zum Verbandstag 33 Prozent der Stimmen erhielt. Platinzki weiß auch die Erklärung dafür. Die aufgelierten Arbeiter wissen, daß die Kommunisten die Interessen des Proletariats besser vertreten als die Sozialdemokraten, deshalb stimmen sie für die Anträge der Kommunisten, wählen Kommunisten zu den Gewerkschaftskongressen und -Konferenzen, wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann schrecken sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen. Das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren und unsere Genossen nicht zureichend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen auf diesem Boden Tarifwesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen.“ (KI Nr. 17, Seite 830.)

Platinzki weiß, wo der Hund begraben liegt. Er sagt, daß es nicht genügt, wenn die kommunistischen Funktionäre noch besser auf den Gewerkschaftsschacher gedrillt werden, weil sie, wenn 30 bis 35 Prozent der KPD-Mitglieder außerhalb der Gewerkschaften stehen und selbst die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten dem Organisationsleben fernbleiben, doch vor dem sozialdemokratischen Konkurrenzern im Januar dieses Jahres in Halle einstimmig eine sozialdemokratische Resolution gefaßt, die offen gegen die kommunistische Partei gerichtet war und neben dem Dank an den von den Reformisten geleiteten Verband noch die Forderung erhob, daß politische Parteien sich nicht in die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse einmischen dürfen. (KI, 20, Seite 975.) — Interessant ist die Tabelle von 28 Betrieben, über die Prozentzahlen der Gewerkschaftsmittelglieder in der KPD: Westsachsen mit 92 Prozent, Berlin mit 90 Prozent marschieren an der Spitze, Wasserkante mit 72 Prozent, das Ruhrgebiet nur 70 Prozent, Niederrhein 57 Prozent, Mittelrhein 45 Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent. Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

Platinzki weiß, wo der Hund begraben liegt. Er sagt, daß es nicht genügt, wenn die kommunistischen Funktionäre noch besser auf den Gewerkschaftsschacher gedrillt werden, weil sie, wenn 30 bis 35 Prozent der KPD-Mitglieder außerhalb der Gewerkschaften stehen und selbst die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten dem Organisationsleben fernbleiben, doch vor dem sozialdemokratischen Konkurrenzern im Januar dieses Jahres in Halle einstimmig eine sozialdemokratische Resolution gefaßt, die offen gegen die kommunistische Partei gerichtet war und neben dem Dank an den von den Reformisten geleiteten Verband noch die Forderung erhob, daß politische Parteien sich nicht in die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse einmischen dürfen. (KI, 20, Seite 975.) — Interessant ist die Tabelle von 28 Betrieben, über die Prozentzahlen der Gewerkschaftsmittelglieder in der KPD: Westsachsen mit 92 Prozent, Berlin mit 90 Prozent marschieren an der Spitze, Wasserkante mit 72 Prozent, das Ruhrgebiet nur 70 Prozent, Niederrhein 57 Prozent, Mittelrhein 45 Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent. Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

„Wir entnehmen diese Ausführungen einem Artikel des 35. Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent.“ Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

Wirtschaftsdemokratische Justiz

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg, und deren Geschäftsführer bei Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung verbietet, Unterstützungen an die von der Jutefabrik ausgesperrten Arbeiter zu zahlen.

Die Justizaktionen zur Unterstützung der Kapitalistenoffensive werden immer toller. Bisher wurden einstweilige Verfügungen nur gegen streikende Proletariat erlassen. Jetzt verbietet die bürgerlichen Klassenrichter schon die finanzielle Hilfeleistung für Arbeiter, die vom Unternehmer ausgesperrt worden sind. Die Justiz der demokratischen Republik läßt den letzten Schleier fallen und produziert sich als die willfährige Dirne der Kapitalisten.

Die Weimarer Verfassung gewährt laut Artikel 159 Jedem das uneingeschränkte Koalitionsrecht. Daß dieses Recht für Proletariat aber nur ein formales, auf dem Papier stehendes Recht ist, wird heute immer offenkundiger. Die in den letzten Wochen gegen streikende Arbeiter erlassenen einstweiligen Verfügungen beweisen, daß die sogenannten demokratischen Errungenschaften für das Proletariat einen Katzendreck wert sind. Wenn es ihre Profitinteressen verletzen, pfeift die Kapitalistenklasse einfach auf den Koalitionsparagrafen der Reichsverfassung. — dem Macht geht vor Recht! Die Arbeiterschaft hat außer parlamentarischen Luftfrüchten keine wirtschaftliche und politische Macht in Händen — und deshalb sind auch die ihr feierlich verbrieften Rechte von der Gnade der herrschenden Bourgeoisie abhängig. Das ohnehin unzulängliche Recht, das die schwarzrotgelbe Republik dem Proletariat gewährt, wird zum bitteren Unrecht in dem Augenblick, wo die kapitalistische Klasse zur Unterstützung ihrer Verleumdungs- und Staatsapparat mobilisiert.

„Wirtschaftsdemokratische“ preisen die Gewerkschaftsführer als soziales Allheilmittel und fordern die Arbeitermassen zum gesetzlich zulässigen Kampfe für dieses Ziel auf. „Her mit der Wirtschaftsdemokratie“, ist das tägliche Stotzgebet der Gewerkschaftsbeamten. Aber die Sachwalter des Kapitalismus haben nicht nur Spott und Hohn, sondern auch wolkzeigte Geißeliebe als Ant-

Platinzki weiß, wo der Hund begraben liegt. Er sagt, daß es nicht genügt, wenn die kommunistischen Funktionäre noch besser auf den Gewerkschaftsschacher gedrillt werden, weil sie, wenn 30 bis 35 Prozent der KPD-Mitglieder außerhalb der Gewerkschaften stehen und selbst die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten dem Organisationsleben fernbleiben, doch vor dem sozialdemokratischen Konkurrenzern im Januar dieses Jahres in Halle einstimmig eine sozialdemokratische Resolution gefaßt, die offen gegen die kommunistische Partei gerichtet war und neben dem Dank an den von den Reformisten geleiteten Verband noch die Forderung erhob, daß politische Parteien sich nicht in die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse einmischen dürfen. (KI, 20, Seite 975.) — Interessant ist die Tabelle von 28 Betrieben, über die Prozentzahlen der Gewerkschaftsmittelglieder in der KPD: Westsachsen mit 92 Prozent, Berlin mit 90 Prozent marschieren an der Spitze, Wasserkante mit 72 Prozent, das Ruhrgebiet nur 70 Prozent, Niederrhein 57 Prozent, Mittelrhein 45 Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent. Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

„Wir entnehmen diese Ausführungen einem Artikel des 35. Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent.“ Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

Wirtschaftsdemokratische Justiz

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg, und deren Geschäftsführer bei Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung verbietet, Unterstützungen an die von der Jutefabrik ausgesperrten Arbeiter zu zahlen.

Die Justizaktionen zur Unterstützung der Kapitalistenoffensive werden immer toller. Bisher wurden einstweilige Verfügungen nur gegen streikende Proletariat erlassen. Jetzt verbietet die bürgerlichen Klassenrichter schon die finanzielle Hilfeleistung für Arbeiter, die vom Unternehmer ausgesperrt worden sind. Die Justiz der demokratischen Republik läßt den letzten Schleier fallen und produziert sich als die willfährige Dirne der Kapitalisten.

Die Weimarer Verfassung gewährt laut Artikel 159 Jedem das uneingeschränkte Koalitionsrecht. Daß dieses Recht für Proletariat aber nur ein formales, auf dem Papier stehendes Recht ist, wird heute immer offenkundiger. Die in den letzten Wochen gegen streikende Arbeiter erlassenen einstweiligen Verfügungen beweisen, daß die sogenannten demokratischen Errungenschaften für das Proletariat einen Katzendreck wert sind. Wenn es ihre Profitinteressen verletzen, pfeift die Kapitalistenklasse einfach auf den Koalitionsparagrafen der Reichsverfassung. — dem Macht geht vor Recht! Die Arbeiterschaft hat außer parlamentarischen Luftfrüchten keine wirtschaftliche und politische Macht in Händen — und deshalb sind auch die ihr feierlich verbrieften Rechte von der Gnade der herrschenden Bourgeoisie abhängig. Das ohnehin unzulängliche Recht, das die schwarzrotgelbe Republik dem Proletariat gewährt, wird zum bitteren Unrecht in dem Augenblick, wo die kapitalistische Klasse zur Unterstützung ihrer Verleumdungs- und Staatsapparat mobilisiert.

„Wirtschaftsdemokratische“ preisen die Gewerkschaftsführer als soziales Allheilmittel und fordern die Arbeitermassen zum gesetzlich zulässigen Kampfe für dieses Ziel auf. „Her mit der Wirtschaftsdemokratie“, ist das tägliche Stotzgebet der Gewerkschaftsbeamten. Aber die Sachwalter des Kapitalismus haben nicht nur Spott und Hohn, sondern auch wolkzeigte Geißeliebe als Ant-

Platinzki weiß, wo der Hund begraben liegt. Er sagt, daß es nicht genügt, wenn die kommunistischen Funktionäre noch besser auf den Gewerkschaftsschacher gedrillt werden, weil sie, wenn 30 bis 35 Prozent der KPD-Mitglieder außerhalb der Gewerkschaften stehen und selbst die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten dem Organisationsleben fernbleiben, doch vor dem sozialdemokratischen Konkurrenzern im Januar dieses Jahres in Halle einstimmig eine sozialdemokratische Resolution gefaßt, die offen gegen die kommunistische Partei gerichtet war und neben dem Dank an den von den Reformisten geleiteten Verband noch die Forderung erhob, daß politische Parteien sich nicht in die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse einmischen dürfen. (KI, 20, Seite 975.) — Interessant ist die Tabelle von 28 Betrieben, über die Prozentzahlen der Gewerkschaftsmittelglieder in der KPD: Westsachsen mit 92 Prozent, Berlin mit 90 Prozent marschieren an der Spitze, Wasserkante mit 72 Prozent, das Ruhrgebiet nur 70 Prozent, Niederrhein 57 Prozent, Mittelrhein 45 Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent. Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

„Wir entnehmen diese Ausführungen einem Artikel des 35. Prozent und Obersachsen nur 46 Prozent.“ Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen. 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

Wirtschaftsdemokratische Justiz

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg, und deren Geschäftsführer bei Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung verbietet, Unterstützungen an die von der Jutefabrik ausgesperrten Arbeiter zu zahlen.

